

Irak nach der Wahl: Brüchige Fassade

Zur politischen Situation nach dem mit den
Wahlen im Dezember vollendeten
„Übergangsprozess“

von Joachim Guilliard

Einleitung

Damit „diese Wahlen frei und fair sein können,“ so George W. Bush, „müssen alle [ausländischen] militärischen Kräfte und Geheimdienstleute abgezogen werden.“ Ein „vollständiger Rückzug“ sei nötig, damit die Wahlen „Legitimität erlangen“ können, erklärte der US-Präsident im März 2005 unter beifälliger Zustimmung seiner europäischen Kollegen.¹ Im Irak fanden im letzten Jahr drei als „historisch“ bezeichnete Wahlen unter militärischer Besatzung statt. Doch nicht diesen galt die Besorgnis Bushs, sondern der Präsenz syrischer Truppen im Libanon. Die Urnengänge im Irak dagegen wurden rundum als Meilensteine auf dem Weg zur Demokratie gefeiert.

Auch die Wahlen vom Dezember werden zu keinen Verbesserungen der Lebensbedingungen der Iraker führen und auch nicht zum Ende von Krieg und Besatzung. Die Mehrheit der Iraker ging in der Hoffnung zu den Urnen mit der Wahl einer „regulären“ Regierung die Grundlage für einen baldigen Abzug der Besatzungskräfte zu schaffen. Eine trügerische Hoffnung, wurde der Übergangsprozess doch dafür konzipiert, der fortwährenden US-amerikanischen Kontrolle über den Irak den Anschein von Legitimität zu verschaffen. Und auch die neue Regierung wird keine andere Wahl haben als die dauerhafte Präsenz US-amerikanischer Militärbasen Willkommen zu heißen und Washingtons Wirtschaftspläne umzusetzen.²

Übergangsprozess zur konstitutionellen Besatzung abgeschlossen

Mit den Wahlen am 15. Dezember hat die Bush-Administration ihren „Übergangsprozess“ im Irak weitgehend abgeschlossen. Dieser begann mit der sogenannten „Übergabe der Souveränität“ an eine Interimsregierung im Juni 2004. Es folgten die Wahlen im Januar zu Übergangsparlament und -regierung und die Einführung einer neuen Verfassung. Die neu gewählte Nationalversammlung und das zukünftige Kabinett sollen nun nicht mehr als Interimslösungen gelten, sondern als souveräne und verfassungsmäßige Organe eines neuen, demokratischen Irak. Erst jetzt, mit einer international anerkannten Regierung, können die ehrgeizigen Pläne Washingtons auf völkerrechtlich verbindliche Weise umgesetzt werden.

Doch wird auch die neue Regierung weder demokratisch noch souverän sein. Eine Besatzung endet nicht per Dekret der Besatzungsmacht sondern – auch nach internationalem Recht – erst mit dem vollständigen Abzug ihrer Truppen.³ Die Wahlen waren weder frei noch fair, sondern standen unter vollständiger Kontrolle der Besatzungsmacht. Sie sind, wie der gesamte „Übergangsprozess“, unvereinbar mit internationalem Recht, das Besatzungsmächten derart weitreichende Eingriffe in Staat und Gesellschaft eines besetzten Landes strikt untersagt – aus gutem Grund, wie die drei Urnengänge im Irak zeigen.

Ergebnisse der Dezemberwahlen

Das endgültige Ergebnis der Wahlen vom 15. Dezember konnte die Wahlkommission aufgrund vieler Beschwerden erst am 20. Januar 2006 bekannt geben.⁴ Wie zu erwarten war, liegt auch diesmal die schiitische Einheitsliste *Vereinigte Irakische Allianz* (UIA) vorne. Die von den radikal-islamischen Parteien SCIRI (Oberster Rat der islamischen Revolution) und al-Dawa (Partei des Islamischen Aufrufs) geführte breite Koalition zahlreicher schiitischer Parteien, gewann demnach in 9 der 18 Provinzen über 75% der Stimmen, verfehlte aber mit 128 der 275 Parlamentssitze die erhoffte absolute Mehrheit. Die *Kurdische Allianz* aus der Kurdisch-Demokratischen Partei (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) wurde mit 53 Sitzen wieder zweitstärkste Kraft.

¹ „[Bush reinforces push for democracy](#)“, CNN, 8.3.2005

² Phyllis Bennis and Erik Leaver, „Iraqi Elections: ‘To Be Free and Fair’“, 15 December 2005
<http://democracyrising.us/content/view/389/164/>

³ s. u.a. Professor Francis A. Boyle, Iraq and the Laws of War, Global Research, 21.12.2005

<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=viewArticle&code=BOY20051221&articleId=1588>

⁴ siehe Independent Electoral Commission of Iraq, IECI <http://www.ieciraq.org>

Die großen Verlierer sind die Listen der US-Favoriten, Ijad Allawi und Achmed Chalabi. Um einen „säkularen Block“ als Gegengewicht zur schiitischen Einheitsliste zu schaffen, hatten sich eine Reihe von Parteien, die im Januar noch getrennt angetreten waren, auf Allawis „Irakischer Nationaler Liste“ zusammengeschlossen, darunter die irakische KP und die Partei des Vizepräsidenten Scheich Ghazi al-Yawar. Auf diese Liste konzentrierte sich auch die Unterstützung der einschlägigen US-Organisationen – umsonst: Der CIA-Mann Allawi – im Volksmund wegen seiner Brutalität „Saddam ohne Schnauzer“ genannt – und sein von Exil-Politikern geprägter Block, war für die meisten Iraker offensichtlich nicht wählbar. Der Stimmenanteil des Bündnisses halbierte sich von gemeinsamen 17 auf 8,5 Prozent, von 48 blieben nur noch 25 Sitze. Der Irakische Nationalkongress des Pentagon-Lieblings und amtierenden Vizepräsidenten Achmed Chalabi konnte überhaupt keinen Sitz ergattern.

Stimmen für Besatzungsgegner

Neu angetreten waren zwei größere Koalitionen von Parteien, die in Opposition zur Besatzung stehen, die *Front der irakischen Eintracht* (Iraqi Accord Front, IAF) und die *Irakische Front für Nationalen Dialog* (IFND).⁵ Zusammengezählt erhielten sie in den mehrheitlich sunnitischen Provinzen al-Anbar, Diyala, Ninive und Salah-ad-Din die Mehrheit der Stimmen, schnitten aber in Bagdad und Kirkuk überraschend schlecht ab. Mit 44 Sitzen für die IAF und 11 für die IFND kommen sie insgesamt nur auf 20 Prozent der Sitze.

Der IAF gehören die *Irakisch Islamische Partei* (IIP), die von Adnan al-Dulaimi geführte *Konferenz des Irakischen Volkes* und der *Irakische Rat für nationalen Dialog* an. Die IIP war als einzige sunnitische Partei anfänglich bereit gewesen, mit den USA zusammenzuarbeiten und hatte Vertreter in Paul Bremers „Regierenden Rat“ und die Interimsregierung entsandt. Sie zog sich aber aus Protest gegen den Angriff auf Falluja aus der Regierung zurück.⁶

Adnan al-Dulaimi, ein prominenter sunnitischer Geistlicher, hat sich ebenfalls stets als „dialogbereit“ bezeichnet. Er wurde im Oktober 2003 unter Paul Bremer Vorsitzender der Aufsichtsbehörde für sunnitische Stiftungen (Sunni Waqf Board),⁷ im Juli 2005 aber aufgrund seiner kritischen Haltung gegenüber der Politik von Interimsregierung und Besatzungsmacht seines Amtes enthoben.⁸

Die meist fälschlich als „sunnitisch“ charakterisierte IFND ist ein breites Bündnis säkularer Gruppierungen, zu denen u.a. die von Saleh al-Mutlak geführte *Irakische Nationale Front*, die *Christliche Demokratische Partei* und die Arabische Demokratische Front gehören. In diesem, auf einen einheitlichen und unabhängigen Irak orientierten Bündnis, arbeiten neben Arabern und Kurden auch Christen, Yeziden, Schabaks und diverse andere Minderheiten mit, die sich durch die von den kurdischen und schiitischen Parteien betriebenen Teilungs- und Islamisierungsbestrebungen besonders bedroht fühlen.

Insgesamt 14 Sitze entfielen auf kleinere Gruppierungen. Die der Sadr-Bewegung nahestehende *Rissaliyoun Partei* errang 2 Sitze und gilt als natürlicher Bündnispartner der UIA. Der Rest steht in mehr oder weniger großer Opposition zu den pro-amerikanischen

⁵ In Veröffentlichungen der Wahlkommission heißen die Listen: „Tawafiq Iraqi Front“ bzw. „Hewar National Iraqi Front“

⁶ Die IIP hatte sich zu den Wahlen im Januar registrieren lassen, schloss sich dann aber dem Boykott an. Sie erhielt dennoch einige Tausend Stimmen.

⁷ Die „Waqf“ genannten religiösen Stiftungen sind ungefähr vergleichbar mit den Besitztümern der katholischen Kirche. Es gibt drei bei der Regierung angesiedelten Waqf-Behörden, je eine für Sunniten, Schiiten und die übrigen Religionen. Sie führen die Oberaufsicht über die, an sich selbstverwalteten, Stiftungen. Die Vorsitzenden haben den Rang eines Vizeministers. Die Stiftungen sind relativ wohlhabend, sie dienen neben dem Unterhalt religiöser Einrichtungen vor allem auch karitativen Zwecken.

⁸ „[Iraq Sunnis Demand Return of Fired Leader](#)“, Islam Online, 31.7.2005. Wenige Tage später wurde sein Haus, sowie das eines weiteren Vertreters seiner Partei, von US-Truppen mit Panzern umstellt und mit Unterstützung zweier Kampfhubschrauber gestürmt. Al-Dulaimi wurde gefangengenommen, später aber wieder freigelassen. s. „[US-Razzien bei Regierungsberatern](#)“

Parteien: die *Kurdische Islamische Union* mit 5 Sitzen, der von liberalen Sunniten geführte *Versöhnungs- und Befreiungsblock* mit 3 und die *Irakisch-Turkmenische Front*, die christlich-mesopotamische *Patriotische Rafidain-Partei*, die von Mithal al-Alussi geführte *Liste der Irakischen Nation*, sowie die Yezidische Bewegung erhielten je einen Sitz.

Nicht fair und nicht frei

Die Wähler haben wieder überwiegend nach Konfession bzw. Volkszugehörigkeit gewählt. Während ethnische oder konfessionelle Gegensätze früher kaum eine Rolle in der irakischen Politik spielten, haben zwölf Jahre lähmende Wirtschaftsanktionen und das Elend unter der Besatzung das soziale Gefüge des Landes nachhaltig zerrüttet. Die traditionell säkulare und nationale Orientierung wurde geschwächt und so eine gewisse Basis für die von den USA, den kurdischen und schiitischen Parteien geförderte Identifizierung mit religiösen, ethnischen oder Stammesgemeinschaften geschaffen.

Man sollte dies allerdings auch nicht überbewerten. Rückschlüsse auf die tatsächlichen politischen Einstellungen der Iraker lassen die Wahlergebnisse nur bedingt zu. Der Wahlprozess war so konzipiert, dass US-Verbündete von vorneherein begünstigt wurden. Die Wahlgesetze wurden vom ehemaligen Statthalter Paul Bremer erlassen, der auch die Wahlkommission einsetzte. Zahlreiche US-Institutionen, die bereits in Osteuropa pro-westlichen Regierungen an die Macht halfen, bauten, ausgestattet mit dreistelligen Millionenbeträgen, ein Netz pro-amerikanischer Organisationen zur Unterstützung der verbündeten Parteien auf.⁹

Oppositionelle Kräfte dagegen hatten unter den Bedingungen von Kriegsrecht und politischer Verfolgung von vorneherein schlechte Chancen. Einem guten Teil war durch Bremers Wahlgesetze die Kandidatur grundsätzlich verwehrt. Ausgeschlossen waren beispielsweise die einstigen Mitglieder der Baath-Partei. Da unter Saddam Hussein die Mitgliedschaft in der Baath-Partei für Führungspositionen im Land Pflicht war, bedeutete dies vielerorts den Ausschluss der bekanntesten und qualifiziertesten Persönlichkeiten. Am spürbarsten war dieses Manko im schiitischen Süden, wo die schiitische Einheitsliste unangefochten dominieren konnte.

Neben den Predigten in den Moscheen, beschränkte sich der „Wahlkampf“ weitgehend auf das von der Interimsregierung bzw. von den USA kontrollierte Fernsehen.¹⁰ Nur die Regierungsparteien und die US-Favoriten Allawi und Chalabi hatten die Möglichkeit echte Wahlwerbung zu betreiben.¹¹ Von den meisten anderen Parteien und Listenverbindungen bekamen die Wähler so gut wie nichts mit. Nahezu alle Parteien sprachen sich für ein baldiges Ende der Besatzung aus. Die Mehrheit der Iraker ging daher, wie zahlreiche Umfragen belegen, im Glauben zu den Urnen, dass die erneute Wahl nun endlich die Grundlage für einen baldigen Abzug der Besatzungskräfte schaffen würde.

2000 Beschwerden wegen Wahlbetrugs

Auch diesmal waren nur wenige internationale Beobachter vor Ort, die sich zudem nur in sicheren Gebieten aufhielten. Gerade in den Problemgebieten, in denen es bereits bei den vergangenen Wahlen zu massiven Wahlfälschungen gekommen war, fanden die Wahlen wieder Abseits der Öffentlichkeit statt.¹² Die vielfältigen Beschwerden können daher nicht überraschen. Schon bei den letzten Wahlen wurden Manipulationen und Wahlbetrug

⁹ Phyllis Bennis, a.a.O.

¹⁰ „[Iraq's 'PBS' accused of sectarian slant - Shiite control of state-funded TV](#)“, Christian Science Monitor, 10.1.2006,

¹¹ „[Iraq's perilous, pricey campaign](#)“ Christian Science Monitor, 13.12.2005

¹² Nominell waren 800 „internationale Beobachter“ rekrutiert worden. Sie kamen allerdings vorwiegend aus den im Lande arbeitenden westlichen NGOs und Botschaften und verließen ihre Aufenthaltsorte nicht. (s. International Mission for Iraqi Elections (IMIE), „[Assessment Team Final Report – January 19, 2006](#)“)

registriert. In Mossul waren im Januar z.B. 49 Urnen mit 10.000 gefälschten Stimmzetteln aufgefallen, weil sie sehr ungeschickt manipuliert worden waren: man hatte sie mit den alten Siegeln aus der Ära Saddam Husseins versehen. Im kurdischen Erbil mussten sogar 300 fragwürdige Urnen mit 200.000 Stimmzetteln ausgesondert werden. Solche peinliche Pannen wurden beim Referendum vermieden. Hier sorgten Berichte über kurdische Aktivisten für Aufsehen, die in Stärken von 500 bis 1000 Mann von Dorf zu Dorf gezogen waren, um ihre Stimmen mehrfach abzugeben und die übrige Bevölkerung durch Einschüchterung von einer Teilnahme abzuhalten.¹³

Erste Hinweise auf Betrügereien kamen diesmal sogar vom „Iraqi Election Information Network“ (EIN), einer irakischen „NGO“ die u.a. von der US-Entwicklungsagentur USAID und dem National Democratic Institute (NDI) gegründet wurde. EIN hatte am 15. Dezember 13.000 einheimische Wahlbeobachter entsandt. Diese konnten beobachten, wie in manchen Wahllokalen Leute auch ohne Registrierung gewählt werden konnte oder registrierten Wahlwilligen die Teilnahme verweigert wurde. An einigen Orten, insbesondere in Ninive, seien Urnen zum Zählen weggeschafft worden, an anderen waren die Beobachter vor Beginn der Auszählung nach Hause geschickt worden.¹⁴

Die Zahl der offiziellen Beschwerden liegt bei ca. 2.000. Umstritten sind vor allem die Ergebnisse in Bagdad, Kirkuk, Ninive und Basra. Die Vorwürfe reichen von nachträglichem Auffüllen und Raub von Wahlurnen, über Mehrfachwähler, Fälschung von Ergebnislisten und Einschüchterung von Wählern, bis zu fehlerhaften Wahlregistern.

Schwer zu glauben ist beispielsweise, dass in Bagdad, wo Schiiten kaum zahlreicher sind als Sunniten und viele eher laizistisch eingestellt sind, nahezu drei Fünftel der Wähler für eine rein schiitische Liste votiert haben sollen, die von fundamentalistischen Hardlinern angeführt wird.

Auch in der Provinz Ninive, mit ihrer Hauptstadt Mossul eine der Hochburgen des Widerstands, errangen die pro-amerikanischen Listen überraschend fast 40% der Stimmen. Wie beim Referendum lag die Wahlbeteiligung wieder deutlich unter denen der vergleichbaren Nachbarprovinzen Salah-ad-Din und Dyjala. Das macht die Vorwürfe, dass auch diesmal wieder viele Araber, Turkmenen und Christen an der Stimmabgabe gehindert wurden, plausibel. Insbesondere da Wahlvorbereitung und -durchführung hier weitgehend in den Händen der kurdischen Parteien lag.

Das gilt noch mehr für Kirkuk. Dort wurde das Ergebnis zudem sehr stark durch die große Zahl von Kurden beeinflusst, die in jüngster Zeit hier angesiedelt wurden, bzw. sich hier registrieren lassen konnten, ohne ansässig zu sein. Aufgrund massiver Proteste nach den Januarwahlen, hatte die Wahlkommission 86.000 Kurden aus dem Wahlregister von Kirkuk gestrichen, sie auf Druck der kurdischen Allianz aber wenige Tage vor dem 15. Dezember wieder aufnehmen lassen.¹⁵ Die Kurdenpartien sind bestrebt die Provinz ihrem Herrschaftsgebiet anzuschließen. Sie begründen ihren Anspruch mit dem angeblichen historischen kurdischen Charakter Kirkuks. Dies ist aber ein reiner Mythos, der kurdische Anteil an der Bevölkerung hatte nie über 38% gelegen.¹⁶ Nun erhielt die kurdische Allianz 53% der Stimmen und 5 der 9 Sitze der Provinz.

Vorwürfe wegen Wahlbetrugs kamen diesmal auch von Allawis Bündnis. Hier zeigt sich ein tiefer Riss im Lager der US-Verbündeten. Die Parteien in Allawis Koalition, darunter auch die irakische KP, hatten die kaum fairer abgelaufenen Wahlen im Januar noch als

¹³ siehe J. Guilliard, „Eine konstitutionelle Besatzung“, [IMI-Studie 2005/05](#) (auch als [Html](#)) sowie, „[Zählen bis es passt?](#)“, 5.11.2005

¹⁴ „[One Hour Extension of Voting Time results in Chaos](#)“, Iraqi Election Information Network, Press Release, 16.12.2005

¹⁵ Irakische Turkmenische Front, „Communiqué on the Iraqi Election Frauds“, 13.12.2005, <http://jelloul.blogspot.com/2005/12/fw-communicu-on-iraqi-election-frauds.html>

¹⁶ siehe J. Guilliard, „Eine konstitutionelle Besatzung, a.a.O.

demokratische Meilensteine gepriesen. Nun kritisieren auch sie die von Paul Bremer eingesetzte „Unabhängige Wahlkommission“ als parteiisch und fordern ihre Ersetzung.¹⁷

Sie schlossen sich mit über 40 weiteren Parteien zu einem Bündnis zusammen, das die Wahlen anfocht. Sie forderten die Überprüfung der Wahlen durch eine, von der UNO geleitete, unabhängige Kommission, die Rücknahme der vorläufigen Ergebnisse und die Wiederholung der Wahlen in den umstrittenen Wahlbezirken unter internationaler Aufsicht. Zehntausende ihrer Anhänger gaben diesen Forderungen auf Demonstrationen Nachdruck.

Die UNO weigerte sich, die Federführung bei der Untersuchung der Vorwürfe zu übernehmen. Stattdessen übernahm es die *Internationale Mission für die Irakerwahlen* (IMIE), ein internationales Expertenteam zur Überprüfung der Wahlen zusammenzustellen. Diese Mission wurde von Kanada initiiert, um die Wahlen im Irak zu begutachten. Sie wird allerdings von Regierungen getragen, die Teil der Besatzungscoalition sind oder die US-Politik im Irak politisch unterstützen.¹⁸ Für eine unabhängige Untersuchung wären die Beschwerdeführer aber auch bei der UNO kaum an der richtigen Adresse gewesen: der zuständige UNO-Vertreter im Irak hatte, ohne die Überprüfung der eingegangenen Beschwerden überhaupt abzuwarten, die Wahlen als „transparent und glaubwürdig“ erklärt.

Zwei kanadische, ein US-amerikanischer und ein spanischer Experte übernahmen schließlich zusammen mit zwei Vertretern der arabischen Liga die Aufgabe. Sie begutachten den juristischen Rahmen der Wahlen, prüften die internen Dokumente und Berichte der Wahlkommission und befragten die Leiter der Kommission, Wahlhelfer- und Beobachter, sowie Vertreter der Parteien, die Beschwerde erhoben hatten. Für eine gründliche Prüfung der Vorwürfe und Untersuchungen vor Ort fehlten ihnen jedoch, nach eigenen Aussagen, die technischen und personellen Ressourcen.

Sie stellten in ihrem Bericht den Wahlprozess an sich nicht in Frage, listeten aber ernsthafte Mängel in der Konzeption auf, sowie zahlreiche „fragwürdige und illegale Praktiken“.¹⁹

Die Wahlkommission stuft schließlich 58 Beschwerden als schwerwiegend ein und erklärte die Abstimmung in den 227 betroffenen Wahllokalen für ungültig. Obwohl davon ein Prozent der abgegebenen Stimmen betroffen waren, wurden Neuwahlen nicht zugelassen. Diese Stimmen hätten keine Auswirkungen auf das Gesamtergebnis, so die zweifelhafte Begründung. Das Gutachterteam „bedauerte“ diese Entscheidung sehr, insbesondere da beim angewandten Wahlsystem oft wenige Stimmen über die Vergabe von Sitzen innerhalb einer Provinz entscheiden würden.

Die Abweichungen zum vorläufigen Ergebnis sind zahlenmäßig gering, aber durchaus von Bedeutung und erwecken den Anschein einer Feinabstimmung. Während sich die Ergebnisse der protestierenden Parteien etwas verbesserten, verfehlte die UIA, die zuvor ungefähr mit der Hälfte der Sitze rechnen konnte, die absolute Mehrheit klar um 10 Sitze. Da auch die Kurden geringfügig verloren, fehlen ihnen nun drei Sitze zur Zweidrittelmehrheit, die u.a. zur Wahl der Regierung nötig ist.²⁰

Regierungsbildung und interne Machtkämpfe

Auch wenn der Versuch scheiterte, mit Allawis Block ein größeres Gegengewicht zur schiitischen Einheitsliste zu schaffen, so können die USA selbstverständlich auch weiterhin mit den schiitischen Parteien ihre Politik fortsetzen. Durch die Notwendigkeit zur Fortführung

¹⁷ [Iraqi Communist Party Statement on Elections](#), Statement of the Political Bureau - Central Committee of the Iraqi Communist Party, 24.12.2005

¹⁸ siehe „[Canada to lead chorus of support for sham election in Iraq](#)“, WSW, 17.1.2005
Beteiligt sind Großbritannien, Australien, Albanien und Rumänien aus der „Koalition der Willigen“, sowie Bangladesch, Kanada, Panama, Indonesien, Mexiko und Jemen (<http://www.imie.ca/media3.html>)

¹⁹ IMIE, „[Assessment Team Final Report – January 19, 2006](#)“

²⁰ Selbst unter Einbeziehung der *Rissaliyoun Partei* fehlt ihnen noch eine der dafür nötigen 184 Stimmen

der Koalition mit den engsten Verbündeten der USA, den Kurden, ist sichergestellt, dass die neue Regierung im vorgesehenen Rahmen bleiben wird.

Auch mit beiden, für den Posten des Ministerpräsidenten in Frage kommenden Kandidaten kann Washington gut leben. Sowohl der jetzige Amtsinhaber Ibrahim al-Jaafari (al-Dawa) als auch der von SCIRI favorisierte Adel Abdel Mahdi gelten als „moderat“ und sind seit langem enge Verbündete der USA. Abdel Mahdi hat als provisorischer Finanzminister unter Paul Bremer die Schocktherapie umgesetzt, mit der die irakische Wirtschaft dereguliert und dem ausländischen Kapital geöffnet worden war. Er gilt daher als einer der Regierungsmitglieder, die die Fortsetzung von Bremers Arbeit garantieren werden.²¹

Die radikal-islamische Ausrichtung von SCIRI und al-Dawa irritiert jedoch die Öffentlichkeit zu Hause und die enge Verbundenheit dieser Parteien mit dem Iran wird zu einem immer größeren Hindernis für ein härteres Vorgehen gegen den Iran. Schon jetzt sind die USA sehr stark auf die beiden Parteien angewiesen, um die übrigen, wesentlich besatzungskritischeren Kräfte unter den Schiiten ruhig zu stellen. Daher ist die schiitische Einheitsliste auch in ihrem Interesse. Steht sie doch unter der Führung ihrer Verbündeten und bindet dennoch alle wesentlichen Fraktionen ein. Bei einem militärischen Angriff auf den Iran, über den in Washington laut nachgedacht wird, müssten die USA jedoch mit dem Wegbrechen dieses zweiten Standbeins und mit offenem Widerstand im Süden rechnen.

Selbstverständlich wird auch die neue Regierung weitgehend von den USA abhängig sein. Sie kann z.B. weder alleine einen Haushalt aufstellen, noch hat sie ein echtes Mitspracherecht über die militärischen Aktivitäten im Land. Ebenso selbstverständlich verfolgen aber die beteiligten Parteien ihre eigene Agenda, auch wenn sie auf die Unterstützung der USA angewiesen bleiben.

Differenzen mit den schiitischen Parteien gibt es vor allem über den Aufbau der Sicherheitsapparate. Die USA möchten verstärkt Sunniten einbeziehen, insbesondere aus Armee und Sicherheitsapparat des alten Regimes. Sie versprechen sich davon mehr Akzeptanz für die Sicherheitskräfte und das neue Regime bei der sunnitischen Bevölkerung. Die Schiitenparteien widersetzen sich aber vehement jeglicher Einbeziehung ehemals baathistischer oder allgemein säkularer nationalistischer bzw. sozialistischer Kräfte. Sie sind ihnen, als natürliche Gegner eines islamisch geprägten Staates, nach wie vor verhasst, unabhängig davon, ob sie zur Kollaboration bereit sind oder nicht.

Nach der Übernahme des Innenministeriums durch Bayan Sulagh vom SCIRI wurden die meisten Stellen bei den Sicherheitskräften mit Angehörigen der Badr Brigaden, den Milizen der Partei besetzt. Die Badr Brigaden wurden früher im Iran ausgebildet und führten bis 2003 auch terroristische Anschläge im Irak aus. Mittlerweile wird ihre Stärke auf über 20.000 Mann geschätzt. Bayan Sulagh, besser bekannt unter seinem Kriegsnamen Bayan Jabr, ist einer der maßgeblichen Führer dieser Milizen. Inklusiv der von ihnen kontrollierten Polizei und Armeeeinheiten sind sie, nach den US-Truppen und den Milizen der Kurdenparteien, die drittstärkste militärische Kraft im Land, die zunehmend auch ihren eigenen Krieg gegen ihre politischen Gegner führt.

Dies ist auch der Grund warum Allawi, der in seiner Amtszeit selbst paramilitärische Einheiten aufgestellt hatte, nun die Zusammenarbeit innerhalb des Lagers der US-Alliierten aufkündigte und die Wahlen anfecht. Schon zuvor hatte er in einer heftigen Attacke gegen die einstigen Mitstreiter, die Menschenrechtsverletzungen aktuell im Irak als ebenso schlimm bezeichnet, wie zur Zeit Saddams Husseins, wenn nicht noch schlimmer. Zahlreiche Iraker würden gefoltert und getötet, Scharia-Gerichte würden Leute nach islamischen recht aburteilen und exekutieren. Verantwortlich dafür machte er vor allem das Innenministerium.²²

²¹ J. Guilliard, „Der ‚neue Irak‘, IMI-Studie 2005/03, <http://www.imi-online.de/2005.php?id=1185>

²² „[Abuse worse than under Saddam, says Iraqi leader](#)“, The Observer, 27.11.2005

Für die Bush-Administration ist dies eine heikle Angelegenheit. Von der Sache her stehen sie natürlich auf der Seite Allawis. Vor den Wahlen hatte der US-Botschafter Zalmay Khalilzad auf ähnlich heuchlerische Weise ins selbe Horn geblasen und heftige Kritik an der „sektiererischen Politik“ von SCIRI und al-Dawa geübt. Khalilzad nahm ebenfalls das durch die Enthüllungen über Foltergefängnisse in Verruf geratene Innenministerium aufs Korn und forderte die Ersetzung des Innenministers.

Andererseits werden die USA sich selbstverständlich hüten, die Wahlen anzuzweifeln und damit die Legitimität ihres Projektes selbst in Frage zu stellen. Sie bemühen sich stattdessen, die UIA dazu zu bewegen, eine „Regierung der nationalen Einheit“ zu bilden, in die neben Kurden auch säkulare und sunnitische Kräfte einbezogen und dadurch beruhigt werden.

Die kurdische Allianz hat sich zu einer solchen breiten Koalition bereit erklärt. Die Schiitische hat aber weiterhin massive Vorbehalte gegen Allawi. Die UIA-Führer würden statt mit dessen Block lieber mit den islamischen Kräften der Irakischen Eintrachtsfront IAF zusammenarbeiten. Deren Führer, Adnan al-Dulaimi und Tarek al-Haschimi, haben bereits Gespräche darüber aufgenommen.

Leicht wird eine Einigung nicht sein, da die IAF die vorgesehene Umwandlung des Iraks in eine lose Föderation strikt ablehnt und entsprechende Verfassungsänderungen fordert.

Für die Kurdenparteien und den SCIRI ist dies jedoch nicht verhandelbar.²⁶ Für die tägliche Arbeit im Parlament reicht an sich die einfache Mehrheit einer Koalition aus Schiiten und Kurden aus. Allerdings ist die UIA ein sehr heterogenes Bündnis. Insbesondere die Sadr-Bewegung, die wie SCIRI und Dawa mit 30 Sitzen vertreten ist, dürfte sich vielen US-Plänen widersetzen. In solchen Fälle wäre aber allein Allawis Bündnis ein verlässlicher Partner.

US-Botschafter Khalilzad hat angekündigt, sich direkt in die Verhandlungen einzuklinken „mit soviel Nachdruck wie nötig“, um sicherzustellen, dass es zu einer „Einheitsregierung“ unter Beteiligung von Allawi und einiger Sunniten kommt.²⁷ Die Verhandlungen dazu werden sich sicherlich noch Wochen hinziehen.

Kurdische Allianz – das Gegengewicht zur UIA

Nach wie vor bildet die kurdische Allianz für die USA das Gegengewicht zur UIA, nicht nur parlamentarisch. Auch die Kurden haben unter dem Schirm der US-Armee und mit tatkräftiger Hilfe Israels ihre Machtposition ausgebaut. Die Stärke ihrer Milizen, den Peshmergas, wird auf 75.000 geschätzt, gut die Hälfte als reguläre Einheiten ausgerüstet und professionell ausgebildet. Im Norden wurden Brigaden der neuen Armee komplett aus Peshmerga-Verbänden gebildet, deren Führer keinen Hehl daraus machen, auf welches Kommando sie im Zweifelsfall hören werden. Wie groß das kurdische Übergewicht in Armee und Polizei ist, lässt sich auch am Wahlergebnis der Sicherheitskräfte sehen, die gesondert wählten: 45% haben hier die kurdische und 30% die schiitische Allianz gewählt, während IAF und IFND nur gut 5% der Stimmen erhielten. Allawis Liste kam auf knapp 10%.²³

PUK/KDP haben mit Hilfe der US-Armee die Provinz Kirkuk und weite Teile Ninives unter ihre politisch-militärische Kontrolle gebracht. Hier stellen sie die Polizei und die Armee, sowie die Verwaltung, was ihnen Wahlbetrügereien besonders leicht macht. Die Wahlkommission hat auf der Karte ihrer Homepage diese beiden Provinzen schon farblich zur Kurdisch-Autonomen Region geschlagen.²⁴ Sie entspricht damit schon sehr der Karte, mit der die kurdischen Parteien der Nationalversammlung gegenüber ihre zukünftigen Gebietsansprüche anmeldeten.²⁵ Auch die neun überwiegend schiitischen Provinzen sind auf dieser Karte durch verschiedene Grün-Töne zusammengefasst.

²³ siehe [Uncertified Partial OCV Summary Results](#) und [Uncertified Partial Results Special and Out of Country Voting](#) IECI, 26.12.2005, <http://www.ieciraq.org/English/OCV.htm>

²⁴ IECI, http://www.ieciraq.org/result_of_election/result-En.html

²⁵ siehe [Karte der irakischen Provinzen](#), in J. Guilliard „Eine konstitutionelle Besatzung“, a.a.O.

²⁶ siehe J. Guilliard, „Konstitutionelle Besatzung“, a.a.O.

²⁷ „Iraqis Urging Unity, but Rifts May Be Too Deep“, New York Times, 22.1.2006

Sobald sie im Amt ist können die USA endlich mit ihren wirtschaftlichen Plänen im Irak fortfahren. International als legitim anerkannt, kann die neue Regierung bald völkerrechtlich verbindliche Abkommen mit anderen Regierungen und ausländischen Konzernen abschließen. Die neue Verfassung hat dafür den rechtlichen Rahmen geschaffen, die wichtigsten Gesetze zur Umsetzung sind bereits vorbereitet. Dazu gehört vor allem ein neues Ölfördergesetz, das parallel zur Verfassung ausgearbeitet wurde. Dieses soll u.a. Abschlüsse von sogenannten „Produktionsteilungsabkommen“ (production sharing agreements) PSA ermöglichen. PSAs sind sehr langfristige Verträge zwischen Ölkonzernen und ölbesitzenden Staaten. Die Konzerne übernehmen bei diesen Geschäften die Erschließung und Ausbeutung der Ölquellen, die Einnahmen werden geteilt. Die Firmen sind während der gesamten Laufzeit von bis zu 40 Jahren vor allen Gesetzesänderungen, die ihren Profit beeinträchtigen könnten, geschützt. Die Ölressourcen bleiben dabei formal Eigentum des Staates, die Ölmultis übernehmen aber die vollständige Kontrolle über die Ölproduktion. Die Gewinnspannen der Konzerne steigen dabei massiv – selbstverständlich auf Kosten der Förderländer. Alle neu in Produktion gehenden Ölfelder sollen in Zukunft von Privatunternehmen erschlossen und ausgebeutet werden, sie enthalten 64% der bisher bekannten Ölreserven des Iraks. Die Verhandlungen mit US-amerikanischen und britischen Ölkonzernen über PSAs haben schon begonnen und sollen bis Herbst nächsten Jahres unter Dach und Fach sein.²⁸

Wahlbeteiligung und Widerstand

In den USA und in Europa wurden große Erwartungen in die Teilnahme der sunnitischen Kräfte, die die Wahlen im Januar boykottiert hatten, gesetzt. Man erhofft sich ihre Integration in den sogenannten „politischen Prozess“ und dadurch einen Rückgang des militanten Widerstands. Stattdessen nahm die Zahl der Anschläge auf Besatzungstruppen nach den Wahlen sogar noch zu.

Wahlbeteiligung und Widerstand stehen für die Besatzungsgegner keinesfalls im Widerspruch. Die Aufgabe des Wahlboykotts war für viele eine ganz pragmatische Entscheidung. Sie bestreiten zwar nach wie vor die Legitimität von Wahlen unter Besatzung. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass es wenig nützt, im Recht zu sein, wenn der Rest der Welt darüber hinwegsieht. Letztlich haben sie durch den Boykott das Feld auf der politischen Bühne weitgehend den kurdisch-separatistischen und radikal-schiitischen Parteien überlassen, die dies zum Ausbau ihrer politischen und militärischen Machtpositionen nutzen.

Ob durch eine Wahlteilnahme viel zu verhindern gewesen wäre, ist eine andere Frage. Die bewaffneten Gruppierungen, wie auch die einflussreiche Association of Muslim Scholars (AMS), hatten daher zunächst wieder einen Boykott befürwortet. Aufgrund der Stimmung in der Bevölkerung erklärten sie sich schließlich in der Frage für neutral, kündigten einen dreitägigen Waffenstillstand für die Zeit der Wahlen an und versprachen den Urnengang in ihren Einflussgebieten vor möglichen Angriffen terroristischer Gruppen zu schützen.²⁹

Die Wahlbeteiligung in den Widerstandshochburgen war wie schon beim Referendum sehr hoch. Viele der dort von Journalisten befragten Wähler betonten aber, dass für sie unabhängig davon, bewaffneter Widerstand solange nötig bleibe, solange fremde Truppen im Land stehen.³⁰ Die Betrügereien bei den Wahlen und beim Referendum wird den Kreis derer, die diese Ansicht teilen sicherlich weiter vergrößern. Sie seien der „Gnadenstoß für den politischen Prozess“, so Zafir al-Ani von der IAF.³¹

²⁸ J. Guilliard, „Eine konstitutionelle Besatzung“, a.a.O.

²⁹ „[Former Baathists urge Sunnis to vote](#)“, Al Jazeera. 11.12.2005 "We are telling Sunnis that they have to vote for nationalist parties and even if they win, we will be watching very closely to keep them in line," said the Falluja fighter, 28."

³⁰ siehe Juan Cole, „[Religious Shiite Coalition Sweeping South; Allawi's Showing Weak](#)“, Informed Comments, 17.12.2005

³¹ Al-Sharq al-Awsat, zitiert nach Juan Cole, Informed Comments, [26.12.2005](#)

Wenn auch viele Experten in den Führern der beiden oppositionellen Blöcke, Adnan al-Dulaimi und Saleh al-Mutlak schon die Gerry Adams des Irak sehen, so sind diese keinesfalls der politische Arm der Guerilla, sondern verfolgen einen wesentlich moderateren Kurs. Es besteht aber Übereinstimmung in den wesentlichen Zielen, dem baldigen Abzug der Besatzer und die Verhinderung der Umwandlung des Irak in eine lose Föderation.

„Pakt der Ehre“

Schon in der alten Versammlung hatten parteiübergreifend 127 der 275 Abgeordneten einer Resolution zugestimmt, die den baldigen Abzug der Besatzungstruppen forderte, darunter auch viele vom schiitischen Block. Nachdem ein Fünftel der Sitze an oppositionelle Gruppen ging und die besatzungskritischen Stimmen innerhalb der UIA durch die Vertreter der Sadr-Bewegung verstärkt wurden, könnte durchaus bald eine parlamentarische Mehrheit einen verbindlichen Zeitplan für den Rückzug fordern. Auch wenn das Parlament in Zukunft kaum eine größere Rolle spielen wird, hätte dies doch große symbolische Bedeutung.

Muktadar al-Sadr hatte vor den Wahlen einen „Pakt der Ehre“ initiiert, der neben vielen anderen Parteien und Persönlichkeiten auch vom SCIRI und von al-Dawa unterzeichnet wurde. Dieser Pakt enthält 14 Punkte, für die sich alle Unterzeichner mit ganzer Kraft einsetzen sollen. An erster Stelle stehen die Forderungen nach einem raschen Abzug der Besatzungstruppen. Weitere Forderungen sind die „Eliminierung aller Auswirkungen ihrer Präsenz, inklusive aller Militärbasen im Land“, die Beendigung der Immunität der Besatzungstruppen und die Anerkennung des Rechts auf Widerstand, mit Ausnahme terroristischer Angriffe.³²

Dass sich auch die US-Verbündeten genötigt fühlten, im Wahlkampf ihre Unterschrift unter diesen Pakt zu setzen, ist angesichts der Stimmung in der Bevölkerung nicht verwunderlich. Selbst eine Studie des britischen Verteidigungsministeriums kam zum Ergebnis, dass 82% der Iraker die britisch-amerikanische Besatzung „heftig ablehnen“.³³ Hier liegen klar die Präferenzen der Iraker, unabhängig davon, wem sie letztlich ihre Stimmen gaben. Sie werden ernüchert feststellen müssen, wie wenig sich die schiitischen Parteien auch diesmal nach den Wahlen daran gebunden fühlen und wie wenig das Parlament letztlich zu sagen hat. Sollte der Unmut unter Schiiten in aktive Opposition umschlagen, könnte dies das Ende des Besatzungsregimes einläuten.

³² Gilbert Achcar, „[A Pan-Iraqi Pact on Muqtada Al-Sadr's Initiative](#)“, Informed Comments, 9.12. 2005

³³ „[82% of Iraqis 'strongly opposed' to US-British occupation, poll shows](#)“, The Telegraph, 23.10.2005,

„[Mehrheit hält Angriffe auf Soldaten für gerechtfertigt](#)“, Der Standard, 28.10.2005

s. auch „[New WPO Poll: Iraqi Public Thinks US Plans Permanent Bases in Iraq](#) - Iraqis Want Timetable for US Withdrawal - Half of Iraqis Approve of Attacks on US Forces“ WorldPublicOpinion.org, 31.1.2006



Herausgeber der IMI-Studie 2006/01: „Brüchige Fassade“

ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Die Studie spiegelt nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.

Adresse: Hechinger Str. 203, 72074 Tübingen

www.imi-online.de, e-mail: imi-imi-online.de

Tel 07071/49154, Fax 07071/49159

Tübingen, Februar 2006